

## FB-1 Kinderland Nordrhein-Westfalen – Auf den Anfang kommt es an!

Antragssteller*in:	Landesvorstand u.a.
Gegenstand:	Frühkindliche Bildung
Anmerkungen	Beschluss

## Kinderland Nordrhein-Westfalen – Auf den Anfang kommt es an!

- 1 Wir GRÜNE stellen Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik. Jedes Kind hat das Recht auf die  
2 bestmögliche Förderung, auf bestmögliche Bedingungen zur Entwicklung einer eigenständigen  
3 Persönlichkeit und auf den bestmöglichen Schutz durch Staat und Gesellschaft. Gute Bildung,  
4 Betreuung und Erziehung von Kindern ist der Schlüssel für mehr Gerechtigkeit und für die  
5 Zukunftsfähigkeit unseres Landes.
- 6 Erster Lebens- und Lernort außerhalb der Familie sind unsere Kindertagesstätten. Sie müssen  
7 den Kindern das bieten, was viele aus der Familie schon kennen: Geborgenheit, Sicherheit,  
8 verlässliche Bindungen und Förderung. Einige Kinder lernen dies in der Kita erstmals kennen.  
9 Dies ist die Grundlage dafür, dass Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern gelingen  
10 kann. Die Bedürfnisse der Kinder, die Betreuungsbedarfe der Eltern und die gesellschaftliche  
11 Notwendigkeit, allen Kinder durch frühkindliche Bildung gleiche Startchancen zu verschaffen,  
12 sind für Bündnis 90/Die Grünen NRW Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Dabei legen wir  
13 Wert auf die Wahrung des eigenständigen Bildungsauftrags der Elementarbildung.
- 14 Alle staatlichen Ebenen sind in der Verantwortung, ein bedarfsgerechtes und qualitativ  
15 hochwertiges Angebot im Elementarbereich zu schaffen. Seit 2008 wurden erhebliche  
16 Anstrengungen besonders durch die Kommunen und die Träger unternommen, um den  
17 Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder ab einem Jahr zu erfüllen.
- 18 Das Land Nordrhein-Westfalen hat erst mit dem Regierungswechsel 2010 seine Verantwortung  
19 zur Finanzierung des U3-Ausbaus übernommen und eine beispiellose Aufholjagd zur Schaffung  
20 eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots gestartet. Die Kommunen erhalten inzwischen  
21 Bundesmittel für den Betrieb von Kitas, die die alte schwarz-gelbe Landesregierung noch für den  
22 Landeshaushalt abgegriffen hat. Von 2010 bis 2013 sind unter Rot-Grün die Landesausgaben für  
23 eine bedarfsgerechte und hochwertige Kindertagesbetreuung um über 50% erhöht worden.
- 24 Die Anstrengungen waren erfolgreich: Im Ergebnis kann den Eltern in NRW ab Sommer für  
25 jedes 3. Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz angeboten werden. Damit würde das  
26 angestrebte Ausbauziel erreicht. Es bleibt aber noch viel zu tun, um allen Kindern eine  
27 bestmögliche frühkindliche Bildung zu ermöglichen und zu einer wirklich guten Vereinbarkeit  
28 von Familie und Beruf zu kommen. Diesen Prozess wollen wir in NRW – wie in den letzten  
29 Jahren – unter Beteiligung von Eltern, Beschäftigtenvertretungen, Trägern und Kommunen  
30 fortführen.

### 31 **Kinder und Familien brauchen eine andere Bundespolitik**

32 Jenseits der Vereinbarungen von 2007 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung wenig getan, um  
33 den Kita-Ausbau zum Erfolg zu führen und die Umsetzung des U3-Rechtsanspruchs zu  
34 gewährleisten. Längst ist klar, dass die ursprünglich im Bundesdurchschnitt angenommene und  
35 als Grundlage für die Finanzierungsvereinbarung herangezogene Bedarfsquote von 35 Prozent  
36 nicht ausreicht. Aber statt Länder und Kommunen an einen Tisch zu holen und auf der  
37 Grundlage einer soliden Bedarfserhebung eine faire neue Finanzierungsvereinbarung zu treffen,  
38 haben Familienministerin Kristina Schröder & Co jahrelang den Kopf in den Sand gesteckt und  
39 es in Kauf genommen, dass Länder und Kommunen auf den Ausbau-Kosten sitzen bleiben.  
40 Selbst die 580 Millionen Euro, die die rot-grünen Bundesländer im Rahmen der Verhandlungen  
41 zum Fiskalpakt zusätzlich für den Kita-Ausbau erstritten haben, wurden von der  
42 Bundesregierung nicht umgehend zur Verfügung gestellt. Stattdessen bemühte sich die  
43 Bundesfamilienministerin nach Kräften, die Länder durch kleinteilige Vorgaben zu schikanieren  
44 und den Ausbau weiter hinauszuzögern. Auch und vor allem in der Kinder- und Familienpolitik  
45 brauchen wir dringend einen Regierungswechsel im Herbst!

46 Das Schwarzer-Peter-Spiel beim Kita-Ausbau muss ein Ende haben. Der Bund muss endlich  
47 wieder selbst aktiv Verantwortung übernehmen und sich nachdrücklich für den Ausbau  
48 engagieren. Wenn GRÜNE an der nächsten Bundesregierung beteiligt sind, werden wir in einem  
49 ersten Schritt ein Sofortprogramm für die Kommunen auflegen, die in den vergangenen Jahren  
50 nachweislich in den Kita-Ausbau investiert haben, deren Bedarf aber über dem angenommenen  
51 Durchschnittswert liegt. Dies betrifft in NRW insbesondere die Ballungsgebiete. Mit dem  
52 Sofortprogramm wird sichergestellt, dass der Rechtsanspruch überall schnellstmöglich umgesetzt  
53 werden kann. Land und Kommunen werden entlastet, Eltern können darauf vertrauen, dass der  
54 Rechtsanspruch nicht nur auf dem Papier steht.

55 Der Bund muss sich aber politisch und finanziell mehr engagieren, auch weit über 2013 hinaus.  
56 Deswegen wollen wir in der nächsten Legislaturperiode gesetzlich klar stellen, dass es sich beim  
57 Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz sowohl für Kinder unter wie auch über drei Jahre um einen  
58 Ganztagsplatz handelt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich sicher zu stellen.  
59 Ein verlässliches Angebot verringert bei den Eltern Zeitkonflikte und Stress und wirkt sich damit  
60 positiv auf die Familienzeit aus. Frühkindliche Bildung braucht Zeit. Nordrhein-Westfalen ist  
61 mit einem Angebot von 93 Prozent bei Plätzen von 35 und 45 Wochenstunden im bundesweiten  
62 Vergleich bereits führend beim Ganztagsausbau. Die unterschiedlichen Bedarfe der Eltern zum  
63 zeitlichen Betreuungsumfang müssen aber noch stärker berücksichtigt werden, gerade auch im  
64 laufenden Kita-Jahr, zum Beispiel bei Änderungen der beruflichen Situation.

65 Auch die Unternehmen sind gefordert, Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu  
66 ermöglichen. Familienfreundliche Maßnahmen, wie flexible Gestaltung der Arbeitszeiten,  
67 Vermeidung von Schichtarbeit für Mütter und Väter, Teilzeitarbeitsplätze und die Sicherung des  
68 beruflichen Fortkommens nach der Elternzeit, sollten Teil jeder Personalpolitik eines  
69 Unternehmens werden.

70 Angesichts des neuen Rechtsanspruchs stand der quantitative Ausbau der Kita-Plätze in den  
71 letzten Jahren im Fokus. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung kann aber nur dann zu größerer  
72 Chancengerechtigkeit und besserer frühkindlicher Förderung führen, wenn die Qualität in den  
73 Einrichtungen stimmt. Daher müssen die aktuell stattfindenden Veränderungen in der Kita-

74 Infrastruktur auch für eine Qualitätsoffensive genutzt werden. Dies können Bund, Länder und  
75 Kommunen nur gemeinsam erreichen. Insbesondere die Fachkraft-Kind-Relation ist wichtig, um  
76 die Qualität in den Kitas zu verbessern und die dringend notwendige Entlastung für die  
77 Erzieherinnen und Erzieher zu schaffen. Wir wollen einen auf die Fachkraft-Kind-Relation  
78 bezogenen Standard bundesgesetzlich verankern, der auch Verfügungszeiten beinhaltet, und der  
79 einen deutlichen Qualitätsschub in den Einrichtungen ermöglicht.

80 Die Verankerung im Kinder- und Jugendhilfegesetz ist nicht nur notwendig, um die Qualität in  
81 den Einrichtungen bundesweit voran zu bringen, er ist auch der Schlüssel für eine dauerhafte  
82 finanzielle Verpflichtung des Bundes jenseits der Investitionen in die Kitas im engeren Sinne.  
83 Für viele Kinder ist eine alltagsintegrierte Sprachbildung in der Kita wesentlich, um Teilhabe  
84 und bessere Chancen im weiteren Lebensverlauf zu ermöglichen. Wir wollen die Bundesmittel  
85 für die Sprachförderung aufstocken, um deutlich mehr Kinder zu erreichen.

86 Wir wollen, dass der Bund sich zukünftig finanziell stärker für den Ausbau und die Qualität der  
87 Kindertagesstätten engagiert. Eine Milliarde Euro jährlich sollen – zunächst für das  
88 Sofortprogramm, dann zur Ausgestaltung des Qualitätsstandards und zur Finanzierung des  
89 Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz – zur Verfügung gestellt werden. Rund 200 Millionen  
90 Euro kämen also von Seiten des Bundes jährlich zusätzlich den Kitas in NRW zugute.

91 Zur Finanzierung guter Kitas und zur Einführung einer Kindergrundsicherung wollen wir das  
92 Ehegattensplitting schrittweise abschmelzen. Denn wir wollen Kinder besser fördern und nicht  
93 den Trauschein subventionieren. Das Ehegattensplitting fördert mit etwa 20 Mrd. Euro jährlich  
94 die Ehe, unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind oder nicht. Gleichzeitig lebt mittlerweile  
95 etwa jedes dritte Kind in Familien ohne Trauschein – sie profitieren überhaupt nicht von dieser  
96 Steuersubvention.

97 Wir sagen: Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein. Deshalb schmelzen wir das  
98 Ehegattensplitting auf der einen Seite verfassungskonform ab und ersetzen es auf der anderen  
99 Seite durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum. Alle Einnahmen  
100 aus dieser Reform werden wir Cent für Cent in bessere Kitas und Bildung und den Aufbau einer  
101 Kindergrundsicherung investieren.

102 Familien ohne Trauschein und Familien mit geringen oder mittleren Einkommen werden  
103 entlastet, da die geplante Grüne Kindergrundsicherung vor allem für diese Familien einen  
104 Ausgleich schafft. Mehreinnahmen durch ein Abschmelzen des Ehegattensplittings entstehen zu  
105 42,5 Prozent auch bei den Ländern. Schon bei einer Begrenzung der Wirkung des  
106 Splittingvorteils auf Paare mit einem Einkommen ab 60 000 Euro, würde Nordrhein-Westfalen  
107 deutlich über eine halbe Milliarde Euro Mehreinnahmen verzeichnen und damit seine eigenen  
108 Spielräume für Investitionen in Ausbau und Qualität der Kindertagesbetreuung deutlich  
109 erweitern.

110 Das unsinnige Betreuungsgeld, das falsche Anreize setzt, in dem Kinder von der Kita und Mütter  
111 von ihrem Job fern gehalten werden, werden wir umgehend wieder abschaffen und die dafür  
112 eingeplanten Mittel in die Qualität von Kinderbetreuungsangeboten investieren.

### 113 **Für ein besseres Kindergartengesetz in NRW**

114 Mit dem ersten KiBiz-Änderungsgesetz 2011 haben wir auf Landesebene einen ersten Schritt zur  
115 Aufwertung der Kindertagesbetreuung und zur finanziellen Entlastung von Familien erreicht.  
116 Allein für den Bereich der Qualität stehen im Haushalt 2013 rund 150 Millionen Euro für  
117 zusätzliches Personal in der U3-Betreuung zu Verfügung. Weitere Verbesserungen gab es bei der  
118 Finanzierung von Familienzentren, bei der Umsetzung von Inklusion oder bei den  
119 Waldkindergärten. Massiv gestärkt wurde auch die Elternbeteiligung.

120 Trotz dieser Fortschritte bleibt unsere feste Überzeugung, dass wir ein neues Kindergartengesetz  
121 entwickeln müssen. Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass eine transparente und sorgfältige  
122 Beratung unter Einbeziehung aller Beteiligter stattfinden muss, bei der ein Konsens zu einer  
123 Novellierung des Finanzierungssystems angestrebt werden soll. In diesem Prozess treten wir  
124 GRÜNE dafür ein, dass wir öffentliche Kindertagesbetreuung so finanzieren und organisieren  
125 wollen, dass die Trägervielfalt erhalten bleibt, die Träger eine bessere Planungssicherheit  
126 erhalten und Erzieherinnen und Erzieher wieder gesicherte und unbefristete  
127 Beschäftigungsverhältnisse bekommen. Um den Beruf Erzieher\*in attraktiver zu machen und so  
128 dem Fachkräftemangel zu begegnen, wollen wir die Praxisanteile in der Ausbildung deutlich  
129 erhöhen in Kombination mit einer Entgeltzahlung ab Ausbildungsbeginn. Erste positiv  
130 verlaufende Ansätze einer praxisintegrierten Ausbildung an einzelnen Standorten in NRW (z.B.  
131 in Hamm oder Dortmund) müssen unter der Einbeziehung der vorhandenen Erfahrungen – auch  
132 aus anderen Bundesländern – modellhaft ausgeweitet werden.

133 Die Finanzierung öffentlicher Kindertagesbetreuung bedarf einer fairen Lastenverteilung  
134 zwischen Bund, Land, Kommunen und Trägern. Den bisher geltenden Grundsatz der  
135 paritätischen Finanzierung zwischen Land und Kommunen wollen wir beibehalten.  
136 Landeseinheitliche Elternbeiträge oder eine weitere finanzielle Entlastung von Eltern durch  
137 Beitragsfreiheit und eine Änderung der Finanzierungssystematik bleiben unsere perspektivischen  
138 Ziele. Angesichts begrenzter Finanzmittel haben jedoch Maßnahmen im Bereich der  
139 Qualitätsverbesserung für uns GRÜNE Priorität.

140 In dem neuen Gesetz sollen auch künftig die Trägeranteile erhoben werden. Wo höhere  
141 Trägerrücklagen vorhanden sind, sollen diese – bestenfalls zur Verbesserung der  
142 Personalsituation – über eine sachgerechte gesetzliche Höchstgrenze abgebaut werden.

### 143 **Qualität hat Priorität**

144 Bündnis 90/Die Grünen NRW betonen folgende inhaltlichen Eckpunkte für ein kommendes  
145 neues Gesetz zur frühkindlichen Bildung:

- 146 • Steigerung der Qualität durch Sicherung einer Mindestpersonalausstattung über  
147 einen rechtsverbindlichen Fachkraft-Kind-Schlüssel und eine  
148 Gruppengrößenbeschränkung
- 149 • Stärkung der Bildungsgerechtigkeit durch Anwendung von Sozialindikatoren bei  
150 der Kita-Finanzierung
- 151 • Gewährleistung eines bedarfsorientierten Angebotes an Betreuungszeiten vor  
152 allem im U3-Bereich

- 153 • Zur Unterstützung der Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben wollen wir die  
154 Vernetzung von Familienhilfe und Kinderbetreuung in Familienzentren fortsetzen.  
155 Im neuen Modell Familienzentrum-Plus in Kitas mit besonderem Bedarf soll die  
156 bisherige Angebotspalette um die Bereich Gesundheitsförderung/Bewegung und  
157 Arbeit erweitert werden. Solche Familienzentren sind finanziell besser  
158 auszustatten.
- 159 • Ziel eines Personalmix aus Fachkräften mit Hochschulabschluss, Erzieherinnen  
160 und Erziehern und ergänzend Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern
- 161 • Schaffung einer gesetzlichen Regelung für Hauswirtschaftskräfte, die das  
162 pädagogische Personal entlasten
- 163 • Weiterentwicklung der jetzigen Sprachstandserhebung mit dem Ziel verbindlicher  
164 Beobachtungsverfahren und Sprachbildung durch das Kita-Personal in einer  
165 Hand
- 166 • Unterstützung bei der landesweiten Umsetzung der UN-Konvention für die  
167 Rechte von Menschen mit Behinderung im Elementarbereich
- 168 • Verbesserung des Übergangs Kita-Schule z.B. durch gemeinsame Fort- und  
169 Weiterbildungen der Fachkräfte sowie eine partnerschaftliche Gestaltung des  
170 Übergangs
- 171 • Qualifizierung der Kindertagespflege durch landeseinheitliche Mindeststandards.  
172 Die Kindertagespflege muss darüber hinaus stärker in die landesweiten  
173 Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung in der Elementarbildung eingebunden  
174 werden, z.B. bei der gegenwärtigen Entwicklung der Bildungsgrundsätze NRW.  
175 Darüber hinaus unterstützen wir die Forderungen nach fairer Entlohnung und  
176 mehr gesellschaftlicher Anerkennung der Kindertagespflege und aller  
177 Beschäftigten im Elementarbereich.
- 178 • Steigerung der Attraktivität der Erzieher\*innen-Ausbildung durch Ausbau der  
179 Praxisorientierung mit Entgeltzahlung
- 180 • Steigerung der Zahl männlicher Fachkräfte und von Fachkräften mit  
181 Migrationshintergrund

### 182 **Hochwertige Kitas unterstützen Kinder und Eltern**

183 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir GRÜNE weiter verbessern, doch sind  
184 hierfür nicht allein Kommunen, Land und Bund verantwortlich. Gerade größere  
185 Arbeitgeber\*innen sollten Angebote zur Kinderbetreuung bereitstellen und Eltern damit  
186 familiengerechte Arbeitszeiten ermöglichen. Notwendig sind gesetzliche Regelungen zur  
187 erleichterten Schaffung von Betriebskitas, die neben dem öffentlichen Zuschuss auch einen  
188 finanziellen Eigenanteil des Betriebs vorsehen.

189 Wir begrüßen die in diesem Jahr erreichte Zwischentappe bei der Bereitstellung von U3-  
190 Plätzen. Da künftig mit weiterem Bedarfen zu rechnen ist, muss der U3-Ausbau bis zur  
191 Bedarfsdeckung fortgesetzt werden. Wir wollen flexible Betreuungsangebote und eine Stärkung  
192 der Wahlfreiheit der Eltern bei den Betreuungszeiten.

193 Wir GRÜNE stellen uns der Verantwortung, den Elementarbereich als Basis des gesamten  
194 Bildungssystems zu stärken. Um den Bedarf der Eltern zu decken und mehr Qualität in der  
195 frühkindlichen Bildung verwirklichen zu können brauchen Land und Kommunen endlich eine  
196 angemessene politische und finanzielle Unterstützung seitens des Bundes. Dafür werden wir bis  
197 zum 22. September und darüber hinaus kämpfen!